

**Kurzübersicht aller Anträge zum
Haushaltsplan 2005 / 2006**

Stand : 17. März 2005

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
1			zurückgezogen				
2			zurückgezogen				
3			zurückgezogen				
4			zurückgezogen				
4a			zurückgezogen				
4b	CDU		Globalantrag für 2005 und 2006				
			- keine Erhöhung Grundsteuer B	- 9.000.000			
			- keine Erhöhung Gewerbesteuer	- 2.400.000			
			- weitere Einsparvorgabe bei Personalkosten	- 580.000			
			- Reduzierung Bauunterhaltung	- 2.250.000			
			- Reduzierung Zuschuss an die HVV	- 620.000			
			<u>Reduzierung bei</u>				
		01	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 180.000			
		01	- Partnerschaftsfestivals, Cambridge 10%	- 3.000			
		01	- Partnerschaftsfestivals Kumamoto 10%	- 6.000			
		01	- Projektmittel Internationale Beziehungen 5%	- 20.000			
		01	- Agendabüro	- 40.000			
		01	- Geschäftsausgaben der Fraktionen	- 3.978			
		04	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 10.000			
		04	- Park & Ride, besser organisieren	- 0			
		04	- Verkehrskonzept Altstadt streichen	- 50.000			
		11	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 180.000			
		12	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 10.000			
		12	- Stadtteilrahmenplan Boxberg und Altstadt teilw. verschieben, weniger Fremdmiteleins.	- 12.500			
		12	- Stadtentwicklungsplan auf mehrere Jahre aufteilen, weniger Fremdmiteleinsatz	- 10.000			
		13	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		13	- Ausgaben Öffentlichkeitsarbeit, 10% Reduzierung der Fremdvergaben	- 63.010			
		14	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 10.000			
		15	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 50.000			
		16	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		16	- Frauennachtstaxi streichen	- 48.500			
		16	- Frauenges. Zentrum FGZ	- 44.175			
		16	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 9.200			
		16	- FNT Nachtrag "fifty-fifty" Umsetzung	- 30.000			
		19	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		20	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 100.000			
		20	- Unterstützungsfonds Tiefbau in 2005	- 25.000			
		21	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 20.000			
		23	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 10.000			
		23	- Personalkosteneinsparung Amtsleiter stlv.	- 0			

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		30	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		31	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 90.000			
		31	- Umweltschutzmaßn. Dritter, Ansatz 2003	- 20.000			
		32	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		32	- Sicherheitswoche	- 10.000			
		34	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 4.000			
		37	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 15.000			
		40	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 90.000			
		40	- VHS, Überpr. der Bezuschuss. auf Angebote die sozial geboten sind	- 30.000			
		41	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 30.000			
		41	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 19.280			
		41	- Zuweisungen und Zuschüsse kürzen um 5%	- 192.183			
		HDF	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		42	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 30.000			
		43	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 4.000			
		43	- Zuschuss Bachverein	- 1.654			
		43	- Einsparvorgabe Vorgang Sinfonie der 1000	- 40.000			
		43	- Einsparvorgabe 1% der Ausgaben (4 Mon.)	- 4.000			
		44	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 8.000			
		44	- Einsparvorgabe 1% der Ausgaben (4 Mon.)	- 30.000			
		44	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 20.000			
		44	- Einsparvorgabe 1% des Zuschussbedarfes (12 Monate)	- 100.000			
			Erhöhung bei:				
		44	- Betriebseinnahmen Verbesserungsziel	+ 20.000			
		44	- Betriebseinnahmen Verbesserungsziel	+ 130.000			
			Reduzierung bei				
		45	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 100.000			
		45	- Stadtbücherei Strukturvorgabe Zielvorgabe zusätzliche Kosteneinsparung	- 20.000			
		46	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		46	- Beschluss HAFA zur Musik- und Singschule	- 0			
		47	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		50	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 20.000			
		50	- Zuweisungen, AsylAK Nachlass Winzer	- 30.680			
			Erhöhung bei				
		50	- Zuweisungen Verein Soziale Nothilfe e.V.	+ 20.000			
			Reduzierung bei				
		50	- Kosten der Unterkunft (Hartz IV)	- 600.000			
		51	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 50.000			
			Erhöhung bei				
		52	- Sportstätten durch Rückfluss Vorsteuer	+ 300.000			
			Reduzierung bei				
		52	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 50.000			
		61	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 10.000			
		62	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 20.000			

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		63	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 10.000			
		66	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		ORS	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		67	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		BF	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		ORG	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		ORG	- Baumbestand Boxberg Maßnahme auf 3 Jahre aufteilen	- 60.000			
		68	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 4.000			
		70	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 4.000			
			<u>Mehreinnahmen durch</u>				
		70	- Vermietungsmöglichk. am Kompostwerk	+ 105.000			
			<u>Reduzierung bei</u>				
		ORR	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 50.000			
		UA 7210	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
		UA 7720	- Verw.-, Betriebs- u. Geschäftsausgaben	- 0			
			<u>Erhöhung bei</u>				
		01	- Brauchtumpflege	+ 10.000			
		20	- Tiergarten	+ 20.000			
		50	- Angebote f. ältere Menschen: Seniorenfasch.	+ 24.000			
		52	- Sportförderprogr. Wg. Vorsteuerrückflüsse	+ 37.500			
			<u>Sonderrechnung für Zukunftsinvestitionen im Verwaltungshaushalt:</u>				
		51	- Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren in 2006 mind. 20%, danach ansteigend	+ 225.000			
		66	- Projektmittel Grüne Welle	+ 30.000			
			<u>Sonderrechnung für Zukunftsinvestitionen im Vermögenshaushalt:</u>				
		23	- Bahnstadt	+ 300.000			
		23	- Konferenzzentrum	+ 430.000			
		40	- Schulgebäudesanierungsprogramm	+ 500.000			
		52	- Sportzentrum Mitte	+ 520.000			
		66	- Umbau von Verkehrssignanlagen und Erweiterung Verkehrsrechner (VmH)	+ 275.000			
		66	- Planungsrate für eine 5. Neckarquerung	+ 500.000			
		66	- Konzept Unterführung Schlierbach erneuern	+ 60.000			
		66	- Neugestaltung Rohrbach Markt	+ 60.000			
			<u>Finanzierung der Zukunftsinvestitionen durch:</u>				
			<u>a) Verwaltungshaushalt</u>				
		20	- weitere Kürzung Zuschuss an HVV	- 255.000			
			<u>b) Vermögenshaushalt</u>				
		52	- Vorsteuererstattung Sportstätten	+ 1.150.000			
		66	- Radwegenetz reduzieren	- 250.000			
		66	- Plan.rate Tunnel Mittermaierstr. streichen	- 480.000			
		67	- Spielplatz Theaterstr. verschieben bis Tiefgarage Ebertplatz fertiggestellt	- 117.000			
		23	- Grundstücksveräußerungen für Gewerbe	+ 650.000			

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
			Darüberhinaus sollen Umstrukturierungsmaßnahmen bei der Stadt, sowie den städtischen Betrieben und Beteiligungen eingeführt werden, mit dem Ziel ab 2007 die folgenden Einsparziele (Basis HH 2005/2006) zu erreichen: 2007: -2 Mio 2008: -3 Mio 2009: -4 Mio ab 2010: -5 Mio Zu diesen Maßnahmen soll ausdrücklich auch eine neue Liniennetzkonzeption der HSB/RNV gehören, wie auch neue Konzeptionen in den Bereichen Verwaltung, Theater und freiwillige Leistungen.				
			Die Reduzierung der Zuschusses an die HVV von 400 TE in 2005 und 475 TE in 2006 soll ebenfalls in einer Sonderrechnung Finanzströme Stadt/HVV aufgeführt werden, und zu einem späteren Zeitpunkt für Investitionen der HVV an diese zurück-geführt werden.				
4c	SPD GAL BL gen. HD		Paketantrag				
			Ab dem Haushalt 2007 werden in den Bereichen, in denen Beiräte bestehen, Voten zu den vorgesehenen Haushaltsansätzen eingeholt; dies für Prioritäten bei Neubauten u. Renovierungen		Beiräte sind Fachleute; ihre Sachkenntnis sollte einbezogen werden. Einblick in Kosten und Auswirkungen der vorgesehenen Maßnahmen hilfreich für Verständnis der Haushaltsentscheidungen.		
			Gebührenbescheide, Eintrittskarten u. ä. mit Darstellung zum Kostendeckungsgrad versehen		Transparenz der Kostendeckungsgrade bei den Gebühren städtischer Einrichtungen für den Bürger; besseres Verständnis des Bürgers für Konsolidierungsmaßnahmen		
			Haushaltsjahr 2005:				
			PLP				
			Schaffung eines Zukunftsfonds zur Finanzierung wichtiger Aufgaben:				
			1. neuer bezahlbarer Wohnraum				
			2. Erweiterung des Angebots der Betreuung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren				
			3. Schulsanierung- und modernisierung				
			4. Kongresszentrum				
			5. Erschließung Neuenheimer Feld				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
			Finanziert wird der Zukunftsfonds mit jährlich 4,2 Mio. € aus Steuereinnahmen. Die Zuführung muss wesentlich über der Mindestzuführung liegen.				
			Priorität Maßnahmen in 2005/2006:				
			1. Schulsanierungsprogramm 700.000 €				
			2. Jährlicher Erhöhung um 100 Plätze bei Kleinkindbetreuung				
			3. Erschließung Bahnstadt				
			Erhöhung Grundsteuer um 60 Punkte	- 1.500.000	Finanzmittel verwenden für Zukunftsfonds		
			Einführung der Zweitwohnungssteuer		Anstieg der Hauptwohnsitzler, Mehreinnahmen im FAG		
			Frau OB prüft und berichtet, welche Erfahrungen andere Städte etc. mit der Einführung der Zweitwohnungssteuer gemacht haben (auch in Bezug auf Studenten)				
			Reduzierung Deckungsreserve für Sozialhilfeausgaben	- 275.000			
			Reduzierung Verlustausgleich HVV	- 1.500.000	durch Optimierung von Arbeitsabläufen und Kostenreduzierung umsetzbar.		
		01	Kürzungen bei Internationalen Beziehungen	- 50.000	Beschränkung auf Notwendigstes mit möglichst kleinen Delegationen		
		01	Erhöhung der Mittel für Ausländer- / Migrationsrat	+ 2.000	Intensivierung der Sprachförderung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund		
		01	Kürzung der Geschäftsausgaben der Fraktionen	- 10.000			
		01	Erhöhung Mittel für Brauchtumpflege	+ 5.000			
		04	Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung	+ 60.000	Verbesserung der Einnahmesituation		
		11	Vorlage eines Konzepts über die künftige Verwaltungsstruktur durch das Personalamt bis Ende 2006 unter Zielsetzung Ämterzusammenlegung				
		11	Kürzung bei Personal- und Organisationsamt - Beschaffungsstelle	- 20.000			
		12	61.1.1 Stadtentwicklung neues Ziel: Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen neue Maßnahme: vorbereitende Untersuchungen und Maßnahmenplan zum Erwerb von geeigneten Immobilien		Stadtverwaltung hat kaum Einflussmöglichkeiten bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften, wenn sich die Immobilien in Privatbesitz befinden. Die Stadt sollte hier einer Vorsorgepflicht nachkommen und entsprechende Immobilien langfristig sichern.		

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		13	Veränderung Stadtblatt. Sockelbetrag an Zeichen für alle sowie Möglichkeiten für Migrations- und Jugendrat.		Erweiterung Meinungsbildung. Förderung der Partizipation		
		15	Änderungen bei Heidelberg-Pass: Erweiterung auf ALG II-Empfänger sowie Verbesserungen der Leistungen Anlage 40: Verwaltung soll Verhandlungen mit VHS und HSB anstrengen	+ 30.000			
		15	Erstwohnsitzaktion für Studierende : Erarbeitung eines Konzepts, das Anreize für Studierende enthält, ihren Erstwohnsitz in HD anzumelden (z. B. kostenloses Semestericket, Gutscheineheft, Verlosung o. ä.)		Mittelfristig können dadurch jährliche Mehreinnahmen von ca. 200.000 € erreicht werden.		
		16	Erhöhung Zuschuss für Förderung Allgemeiner Frauenarbeit	+ 3.000			
		16	Erhöhung Mittel für Frauennotruf	+ 4.160	Existenzgefährdung bei Weiterführung der Kürzungen		
		16	Ziel: Angliederung des Frauengesundheitszentrums an das Mädchenhaus zur verbesserten inhaltlichen Zusammenarbeit				
		20	Erhöhung Zuschuss an Tiergarten Tiergarten legt ein Entwicklungskonzept vor	+ 30.000			
		HKT	Formulierung von konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Tourismusleitbildes bis Ende Juni 2005		Aufgabendarstellung der Gesellschaft zu pauschal formuliert und wenig transparent. Langfristige Ziele und geplante Maßnahmen zu pauschal formuliert. Die Stadt trägt über die HDWT voll den Verlustausgleich.		
		HWE	Formulierung von Zielen und Maßnahmen für das Stadtmarketing in Heidelberg über das 10-Punkte-Programm hinaus bis Ende Juni 2005		Bisher wurden weder Ziele noch Maßnahmen formuliert, wodurch die Nachvollziehbarkeit der Tätigkeiten nicht möglich ist. Verlustbernahme durch die HDWT, respektive Stadt Heidelberg.		
		21	Kürzung bei Kassen- und Steueramt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 30.000			
		23	PLP Ergänzung Ziel bei 23.1.1.01: Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen durch Erwerb von Immobilien in zentraler Lage		Stadtverwaltung hat kaum Einflussmöglichkeiten bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften, wenn sich die Immobilien in Privatbesitz befinden. Die Stadt sollte hier einer Vorsorgepflicht nachkommen und entsprechende Immobilien langfristig sichern.		
		23	23.1.1.01.02				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
			neues Ziel: Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen neue Maßnahme: Erwerb von Immobilien in zentraler Lage				
		23	Kürzung beim Amt für Liegenschaften im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 20.000			
		30	32.1 / 32.2 neues Ziel: Erarbeitung eines Konzepts zum Aufbau eines Gemeindevollzugsdienstes gemäß Kommunalverfassung		Viele Beschwerden bezüglich Lärmbelästigung, Schmierereien etc. könnten durch präventive Maßnahmen begegnet werden. Polizei ist dazu nicht in der Lage; daher Aufbau eines Dienstes. Prüfung inwieweit Personal aus der HSB im Zuge der RNV-Bildung eingesetzt werden kann.		
		30	Kürzung beim Rechtsamt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 20.000			
		32	Kürzung beim Amt für öffentliche Ordnung im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 15.000			
		32	Erhöhung der Mittel bei Interventionsstelle im Rahmen des Platzverweisverfahrens	+ 2.000	Fallzahlen sind steigend; bisher bereitgestellte Gelder reichen nicht aus zur Sicherstellung einer durchgängigen Angebotssicherheit		
		40	40.1.1.01 neues Ziel: Aufnahme in das Pilotprojekt der Landesregierung "Verbundschulen - Hauptschulen/Realschulen"		Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz zeigen, dass es sich auf die Leistungen von Hauptschülern positiv auswirkt, wenn sie in die Klassengemeinschaft von Realschulen integriert sind.		
		40	40.1.1.01 neues Ziel: nach Grundsatzbeschluss, Erarbeitung eines Raum- und Gebäudekonzepts mit der Zielsetzung einer Realisierung von Hauptschulen mit Ganztagesangebot zum Schuljahr 2006/07 und der Öffnung der Schulbezirke für Hauptschulen		Aufwertung der Hauptschulen		
		40	keine Erhöhung Elternbeiträge für Verlässliche Grundschule	- 12.000	keine weitere Belastung von Familien - Wahrung der Familienfreundlichkeit der Kommune		
		41	41.1.1.01 Ersetzen Ziel Wirkungsvolle Gestaltung der Fördergrundsätze durch Neufassung der Fördergrundsätze		In der Projektförderung finden sich zahlreiche quasi-institutionelle Förderungen; diese bedürfen Überprüfung, um bei vermutlich gleichbleibendem Etat, den Spielraum für die Förderung neuer Projekte zu erhöhen.		
		41	41.1.1.05i neues Ziel: Erarbeitung eines Konzepts hinsichtlich Kultur- und Sponsoringmanagement u. a. im Hinblick auf "Kulturvision 2015"				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		41	41.1.1.05i neues Ziel: Optimierung der Kulturförderrichtlinien im Hinblick auf die Entwicklung eines Kulturprofils neue Maßnahme: Erstellen eines Kultur-profils unter Mitwirkung der Kulturschaffenden				
		41	41.1.1.01 neues Ziel: Angabe der Dauer der Projektförderung (in den Kennzahlen); Begrenzung der Förderdauer		Erhöhung des finanziellen Spielraums für die Förderung von neuen Institutionen und Projekten		
		41	Erhöhung Zuschuss Karlstorbahnhof	+ 45.000	Defizitausgleich		
		41	Streichung Zuschuss Schlierbacher Kammerorchester	- 10.000	Zuschuss ursprünglich zur Anschubfinanzierung; nach mehr als 10 Jahren und vor dem Hintergrund der auch finanziell sehr erfolgreichen Arbeit nicht mehr notwendig 'Zuschuss ursprünglich zur Anschubfinanzierung		
		41	Zuschuss für die Halle 02	+ 35.000			
		43/44	Überziehungen des Budgets 2005 werden vom Budget 2006 abgezogen		Haushaltsdisziplin von allen städtischen Einrichtungen gefordert		
		46	44.1 neue Maßnahme: bessere Auslastung und Erhöhung der Mieteinnahmen durch bessere Vermarktung der Räume neue Maßnahme: Überarbeitung der Gebührenstufen mit Einführung einer Gebührenstufe IV mit eigener Geschwisterermäßigungsregelung - Orientierung an den Einkommensstufen bei den Kitas				
		50	Umstellung der Nahrungsmittelversorgung von Flüchtlingen auf Bestellsystem	+ 8.000	bessere Versorgung der Flüchtlinge		
		51	51.2 neue Maßnahme: Qualitätsverbesserung und Erfüllung des neuen Bildungsauftrags in den Kitas durch Reduzierung der Gruppengröße im Kindergartenbereich auf 20 Kinder pro Gruppe als Regelgröße für städt. Einrichtungen und freie Träger	+ 50.000			

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		51	51.2 neue Maßnahme: Versorgungsgrad bei den unter 3-Jährigen von min. 20% erreichen neue Maßnahme: unbesetzte Plätze durch frühere Einschulung durch Aufnahme unter 3-Jähriger wieder besetzten neue Maßnahmen: Unterscheidung nach den unterschiedlichen Betreuungszeiten; stadtteilbezogene Erhöhungen des Versorgungsgrades der Ganztageskrippenplätzen Fußnote: bei höheren Landesmitteln weitere Verbesserung des Versorgungsgrades				
		61	Sonderrechnung Bahnstadt Ergänzung des Begriffs "kulturell" durch "sozial und kulturell"				
		61	61.1.3, 5. Neckarquerung Fußnote: vorbehaltlich UVU und Entscheidung Gemeinderat				
		61/66	Kreuzung Rohrbach Markt; Vorziehen der Platzneugestaltung und Verlegung HSB-Haltestelle	+ 500.000	Der Umbau von Rohrbach-Markt ist überfällig - die Aufenthaltsqualität muss verbessert werden. Darüber waren sich 2003 alle politischen Parteien einig.		
		63	64.1.1 Maßnahme 2005: Grundsatzbeschluss Ergänzen um: unter Einbeziehung der öffentlichen und freien Wohnungsbaugesellschaften neues Ziel: Stabilisierung der Grundlagen für die Finanzzuweisungen an die Stadt HD Maßnahme: Baulandmanagement mit dem Ziel mehr preisgünstiges Bauland für die Versorgung für kleine bis mittlere Einkommen, vor allem Familien mit Kindern, sicher zu stellen		Insbesondere sind neue und zu entwickelnde Baugebiete, z. B. Bahnstadt, Altklinikum, Schollengewann sowie mögliche Veränderungen durch den Abzug der Amerikaner zu berücksichtigen		
		66	Abbau weiterer Verkehrssignalanlagen	- 50.000	In vielen Bereichen der Stadt haben sich vorhandene Signalanlagen als überflüssig erwiesen.		
		66	Verschieben Maßnahme Römerstr. zwischen Bergheimerstr. und Römerkreis nach 2007	- 600.000	nicht dringend erforderlich		
		66	Verschieben Tunnel Mittermaierstr. (in 2005 lediglich VE)	- 480.000	keine Dringlichkeit dieser Maßnahme		
		66	Streichen Anbindung Hertzstr. an B 3	- 350.000			
		66	Verschieben Maßnahme Tiefgarage Friedrich-Ebert-Platz nach 2006	- 150.000	Maßnahme nicht vordringlich auszuführen		

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		66	Planungsmittel für Ortsdurchfahrt Grenzhof		Erarbeitung eines Konzepts zur Verkehrsberuhigung mit dem Ziel, Durchfahrtsverbot für LKW und Verbesserung der Verkehrssicherheit		
		67	Kinderspielplätze	+ 50.000	Zu alte, nicht mehr sichere und kaputte Spielgeräte und -einrichtungen sollen möglichst zeitnah erneuert oder saniert werden.		
		67 BF	Regenschutzwand für Friedhof Peterstal	+ 20.000	Bei Beerdigungen stehen Trauergäste praktisch im Freien, was bei Regen oder Winter insbes. Senioren nicht länger zugemutet werden kann.		
		67 ORG	Reduzierung der Mittel für Beschaffungen von Fahrzeugen und Betriebsgeräten	- 15.000			
		70 7210		- 50.000			
		70 7720		- 10.000			
		70 7210	Erzielung von Mietmehreinnahmen beim Kompostwerk	+ 35.000			
		F-Plan	5. Neckarquerung: Fußnote: vorbehaltlich UVU und Entscheidung Gemeinderat				
		66	Kürzungen bei Tiefbauamt im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 35.000			
		63	Kürzungen bei Amt für Baurecht und Denkmalschutz im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 10.000			
		61	Kürzungen bei Stadtplanungsamt im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 5.000			
		62	Kürzungen bei Vermessungsamt im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 5.000			
		31	Kürzungen bei Amt für Umweltschutz im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 15.000			
		12	Kürzungen bei Amt für Stadtentwicklung und Statistik im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 5.000			
			Haushaltsjahr 2006:				
			PLP				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
			Schaffung eines Zukunftsfonds zur Finanzierung wichtiger Aufgaben:				
			1. neuer bezahlbarer Wohnraum				
			2. Erweiterung des Angebots der Betreuung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren				
			3. Schulsanierung- und modernisierung				
			4. Kongresszentrum				
			5. Erschließung Neuenheimer Feld				
			Finanziert wird der Zukunftsfonds mit jährlich 4,2 Mio. € aus Steuereinnahmen. Die Zuführung muss wesentlich über der Mindestzuführung liegen.				
			<u>Priorität Maßnahmen in 2005/2006:</u>				
			1. Schulsanierungsprogramm 700.000 €				
			2. Jährlicher Erhöhung um 100 Plätze bei Kleinkindbetreuung				
			3. Erschließung Bahnstadt 1 Mio. €				
			Prüfung des Verhältnisses von Mitarbeitern zu vorhandenen Fahrzeugen Einsparmöglichkeiten bei den Kosten der Haltung von Fahrzeugen (Grupp. 55)		Mitarbeiterzahl wurde in letzten Jahren deutlich reduziert. Sind durch Mehrfachbenutzung bzw. durch Einsatz privater PKW (gegen Kostenerstattung) Einsparungen bei den lfd. Kosten möglich.		
			Prüfung des Verhältnisses von Mitarbeitern zu vorhandenen Fahrzeugen Einsparmöglichkeiten beim Erwerb von Fahrzeugen (Grupp. 9355)		Mitarbeiterzahl wurde in letzten Jahren deutlich reduziert. Kann durch Mehrfachbenutzung bzw. durch Einsatz privater PKW (gegen Kostenerstattung) der Erwerb von Fahrzeugen reduziert werden.		
			Grundsteuer B bei 470 Punkten	- 1.500.000			
			Einführung der Zweitwohnungssteuer	+ 200.000	Anstieg der Hauptwohnsitzler; Mehreinnahmen im FAG		
			Reduzierung Deckungsreserve für Sozialhilfeausgaben	- 275.000			
			Reduzierung Verlustausgleich HVV	- 1.500.000	durch Optimierung von Arbeitsabläufen und Kostenreduzierung umsetzbar.		
		01	Kürzungen bei Internationalen Beziehungen	- 60.000	Beschränkung auf Notwendigstes mit möglichst kleinen Delegationen Halbierung der Anzahl der vorgesehenen städtischen Delegationen		
		01	Erhöhung der Mittel für Ausländer- / Migrationsrat	+ 2.000	Intensivierung der Sprachförderung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund		
		01	Kürzung der Geschäftsausgaben der Fraktionen	- 10.000			
		01	Erhöhung Mittel für Brauchtumpflege	+ 5.000			

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		04	Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung	+ 80.000	Verbesserung der Einnahmesituation		
		11	Kürzung bei Personal- u. Organisationsamt, Beschaffungsstelle	- 20.000			
		12	61.1.1 Stadtentwicklung neues Ziel: Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen neue Maßnahme: vorbereitende Untersuchungen und Maßnahmenplan zum Erwerb von geeigneten Immobilien		Stadtverwaltung hat kaum Einflussmöglichkeiten bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften, wenn sich die Immobilien in Privatbesitz befinden. Die Stadt sollte hier einer Vorsorgepflicht nachkommen und entsprechende Immobilien langfristig sichern.		
		13	Veränderung Stadtblatt. Sockelbetrag an Zeichen für alle sowie Möglichkeiten für Migrations- und Jugendrat.		Erweiterung Meinungsbildung. Förderung der Partizipation		
		13	Prüfung, ob ein einheitliches Internet-Portal für alle städtischen Bereiche erstellt werden kann.		mehr Transparenz und Corporate Identity beim Internet-Auftritt Heidelbergs		
		15	Erhöhung Einkommensgrenzen für Heidelbergpass um 5%	+ 30.000			
		16	Erhöhung Zuschuss für Förderung Allgemeiner Frauenarbeit	+ 3.000			
		16	Erhöhung Mittel für Frauennotruf	+ 4.200	Gewährleistung einer durchgängigen Angebotsicherheit		
		20	Prüfung, ob eine "Regionalisierung" des Tiergartens im Rhein-Neckar-Dreieck vorgenommen werden kann; Verteilung der Finanzierung im Rhein-Neckar-Dreieck (Zoo in Hannover ist auch regionalisiert)		Reduzierung Zuschuss		
		20	Erhöhung Zuschuss an Tiergarten	+ 10.000			
		21	Kürzung bei Kassen- und Steueramt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 30.000			
		23	PLP Ergänzung Ziel bei 23.1.1.01: Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen durch Erwerb von Immobilien in zentraler Lage		Stadtverwaltung hat kaum Einflussmöglichkeiten bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften, wenn sich die Immobilien in Privatbesitz befinden. Die Stadt sollte hier einer Vorsorgepflicht nachkommen und entsprechende Immobilien langfristig sichern.		
		23	23.1.1.01.02 neues Ziel: Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen neue Maßnahme: Erwerb von Immobilien in zentraler Lage				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		23	Kürzung beim Amt für Liegenschaften im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 20.000			
		30	Kürzung beim Rechtsamt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 20.000			
		32	Kürzung beim Amt für öffentliche Ordnung im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 15.000			
			Erhöhung der Mittel bei Interventionsstelle im Rahmen des Platzverweisverfahrens; Vergabe nach Beratungen im GR	+ 11.250	Fallzahlen steigend; zur Sicherstellung einer durchgängigen Angebotssicherheit		
		40	40.1.1.01 neues Maßnahme: Umsetzung des Raum- und Gebäudekonzepts und Realisierung von Hauptschulen mit Ganztagesangebot zum Schuljahr 2006/2007 und der Öffnung der Schulbezirke für Hauptschulen				
		40	keine Erhöhung Elternbeiträge für Verlässliche Grundschule	- 30.000	Summe der Gebührenerhöhungen treffen Familien besonders. Diese Erhöhung trifft nur Familien zusätzlich. Keine weitere Belastung von Familien - Wahrung der Familienfreundlichkeit der Kommune		
		41	41.1.1.05i neues Ziel: Optimierung der Kulturförderrichtlinien im Hinblick auf die Entwicklung eines Kulturprofils neue Maßnahme: Erstellen eines Kulturprofils unter Mitwirkung der Kulturschaffenden				
		41	41.1.1.01 neues Ziel: Angabe der Dauer der Projektförderung (in den Kennzahlen); Begrenzung der Förderdauer		Erhöhung des finanziellen Spielraums für die Förderung von neuen Institutionen und Projekten		
		41	Erhöhung Zuschuss Förderung kultureller Vorhaben und Sonstige Zuschüsse	+ 15.000	Sicherung der Förderflexibilität		
		41	Erhöhung Zuschuss Karlstorbahnhof	+ 19.030	Existenzbedrohung; Rücknahme der 5%igen Kürzung in 2003		
		41	Erhöhung Zuschuss Forum Kunst	+ 1.650	Steigerung Sachmittelausgaben		
		41	Streichung Zuschuss Schlierbacher Kammerorchester	- 10.000	Zuschuss ursprünglich zur Anschubfinanzierung; nach mehr als 10 Jahren und vor dem Hintergrund der auch finanziell sehr erfolgreichen Arbeit nicht mehr notwendig		

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		41	Zuschuss für die Halle 02 Fußnote: Freigabe der Mittel nur bei Fortbestand der Halle und Vorstellung der Konzeption im Kulturausschuss	+ 35.000			
		50	Umstellung der Nahrungsmittelversorgung von Flüchtlingen auf Bestellsystem	+ 10.000	bessere Versorgung der Flüchtlinge		
		51	51.2 neue Maßnahme: Versorgungsgrad bei den unter 3-Jährigen von min. 25% erreichen neue Maßnahme: unbesetzte Plätze durch frühere Einschulung durch Aufnahme unter 3-Jähriger wieder besetzten neue Maßnahmen: Unterscheidung nach den unterschiedlichen Betreuungszeiten; stadtteilbezogene Erhöhung des Versorgungsgrades der Ganztageskrippenplätzen	+ 250.000	hoher Bedarf		
		66	Radwegenetz Verlängerte Liebermannstr.: Beseitigung Engstelle durch Führung Radverkehr auf der ehem. Gütergleisstrasse	+ 50.000	Diese Rad- und Verkehrsverbindung ist stark frequentiert und verbindet zudem Kirchheim mit dem Schulzentrum		
			Radwegeverbindung Felix-Wankel-Str - Bosseldorn	+ 30.000			
		66	Verschieben Maßnahme Römerstr. zwischen Bergheimerstr. und Römerkreis nach 2007	- 650.000	nicht dringend erforderlich		
		66	Umbau Ortsdurchfahrt Grenzhof	+ 50.000	Umsetzung Verkehrsberuhigung mit dem Ziel, Durchfahrtsverbot für LKW und Verbesserung der Verkehrssicherheit		
		66	Streichen Westumgehung Grenzhof (in 2006 VE)	- 1.450.000	nicht erforderlich; kostengünstigere Lösung vorhanden		
		66	Kreuzung Rohrbach Markt; Vorziehen der Platzneugestaltung	+ 900.000	Der Umbau von Rohrbach-Markt ist überfällig - die Aufenthaltsqualität muss verbessert werden. Darüber waren sich 2003 alle politischen Parteien einig.		
		67	Kinderspielflächen	+ 50.000	Zu alte, nicht mehr sichere und kaputte Spielgeräte und -einrichtungen sollen möglichst zeitnah erneuert oder saniert werden.		
		67 ORG	Reduzierung der Mittel für Beschaffungen von Fahrzeugen und Betriebsgeräten	- 10.000			
		70 ORR		- 40.000			
		70 7720		- 30.000			

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
		70 7210	Erzielung von Mietmehreinnahmen beim Kompostwerk	+ 70.000			
		F-Plan	5. Neckarquerung: Fußnote: vorbehaltlich UVU und Entscheidung Gemeinderat				
		66	Kürzungen bei Tiefbauamt im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 35.000			
		63	Kürzungen bei Amt für Baurecht und Denkmalschutz im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 10.000			
		61	Kürzungen bei Stadtplanungsamt im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 5.000			
		62	Kürzungen bei Vermessungsamt im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 5.000			
		31	Kürzungen bei Amt für Umweltschutz im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 15.000			
		12	Kürzungen bei Amt für Stadtentwicklung und Statistik im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung	- 5.000			
5			zurückgezogen				
5a			zurückgezogen				
6			zurückgezogen				
7	HD		keine Erhöhung der Grundsteuer B	- 4.500.000			
8	FDP		keine Erhöhung der Grundsteuer B	- 4.500.000			
9	FWV		keine Erhöhung der Grundsteuer B	- 4.500.000	unvertretbare Belastung für Bürger		
10			zurückgezogen				
11			zurückgezogen				
12	HD		keine Erhöhung der Gewerbesteuer	- 1.200.000			
13	FWV		keine Erhöhung der Gewerbesteuer	- 1.200.000	Erhöhung kontraproduktiv für das örtliche Gewerbe		
14	FDP		keine Erhöhung der Gewerbesteuer	- 1.200.000			
15			zurückgezogen				
16			zurückgezogen				
17			zurückgezogen				
18	FWV		Reduzierung Deckungsreserve für Sozialhilfeausgaben	- 275.000			
19			zurückgezogen				
20			zurückgezogen				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
21			zurückgezogen				
21a			zurückgezogen				
22	FVV		Reduzierung Verlustausgleich HVV	- 3.300.000			
23	HD		Reduzierung Verlustausgleich HVV	- 3.260.000			
24	FDP		Reduzierung Verlustausgleich HVV	- 3.000.000	Bevor Steuererhöhungen beschlossen werden, müssen auch die Gesellschaften ihren Beitrag zu Konsolidierung leisten. SWH verfügt über hohe Gewinnrücklage		
neu							
25			zurückgezogen				
26			zurückgezogen				
27	FVV	01	Kürzung bei OB-Referat im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 60.000		Kürzung bedeutet Konsequenzen bei der Durchführung der betreuten Projekte	
27a			zurückgezogen				
28			zurückgezogen				
29			zurückgezogen				
30			zurückgezogen				
31			zurückgezogen				
31a			zurückgezogen				
31b			zurückgezogen				
32			zurückgezogen				
32a			zurückgezogen				
33			zurückgezogen				
33a			zurückgezogen				
34	FVV	11	Kürzung bei Personal- und Organisationsamt			Anstieg bei Aus- und Fortbildung resultiert daraus, dass 12 zusätzliche MitarbeiterInnen befristet eingesetzt werden. Einsatz erfolgt bei der ARGE gegen vollen Kostenersatz.	
			- Beschaffungsstelle	- 20.000			
			- Aus- und Fortbildung	- 300.000			
			im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung				
35			zurückgezogen				
36			zurückgezogen				
37			zurückgezogen				
38			zurückgezogen				
39			zurückgezogen				
39a			zurückgezogen				
40			zurückgezogen				
neu							
40a			zurückgezogen				
41			zurückgezogen				
41a			zurückgezogen				
42			zurückgezogen				
43			zurückgezogen				
44			zurückgezogen				
45			zurückgezogen				
46			zurückgezogen				
46a	FVV	16	Erhöhung Mittel für Frauennotruf	+ 4.200	vermehrte Inanspruchnahme		
47			zurückgezogen				
48			zurückgezogen				
49			zurückgezogen				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
49a	FWV	16	Reduzierung Mittel für Frauengesundheitszentrum	- 14.725	Leistungen werden auch von anderen Einrichtungen erbracht. Steuergelder sollten keine Parallelversorgung finanzieren.		
50			zurückgezogen				
51			zurückgezogen				
52			zurückgezogen				
52a			zurückgezogen				
53	HD	20	Erhöhung Zuschuss an Tiergarten	+ 38.000			
54			zurückgezogen				
54a			zurückgezogen				
55			zurückgezogen				
56	HD	20	Streichung Kapitaleinlage HVV	- 2.000.000			
56a			zurückgezogen				
56b			zurückgezogen				
57	FWV	21	Kürzung bei Kassen- und Steueramt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 30.000			
58			zurückgezogen				
59			zurückgezogen				
60			zurückgezogen				
61			zurückgezogen				
62	FWV	23	Kürzung beim Amt für Liegenschaften im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 20.000		Quantitative und qualitative Leistungen durch die bereits erfolgten Kürzungen jetzt schon stark eingeschränkt. Mögliche Mehrausgaben aus Erhöhung Grundsteuer müssen ohne zusätzliche Mittel aufgefangen werden.	
62a			zurückgezogen				
63			zurückgezogen				
64	FWV	30	Kürzung beim Rechtsamt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 30.000		Ansätze bereits knapp bemessen. Weitere Kürzungen können zu Mindereinnahmen in den Bereichen Ordnungswesen und Verkehrswesen führen.	
65	FDP	31	- Durchführung Energietage nur alle 2 Jahre	- 15.500		- Vorbereitung für turnusmäßige Durchführung Energietage in 2005 haben bereits begonnen	
			- Reduzierung bei Verwaltungs- und Betriebsausgaben	- 30.000		- 2005 u. a. Sanierungsvorplanung und Ausschreibung Grundwasserschadensfall ehem. Reinigung Schaedla geplant.	
			- Reduzierung bei Klimaschutz und Energiemanagement	- 30.000		- Mittel für Durchführung Klimaschutzmaßnahmen entsprechend Fortschreibung des HD Klimaschutzkonzepts erforderlich; bei Kürzung droht Streichung einzelner Aufgabenfelder.	
65a			zurückgezogen				
66			zurückgezogen				
67	FWV	32	Kürzung beim Amt für öffentliche Ordnung im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 35.000		Es werden überwiegend Pflichtaufgaben erfüllt, die eine Mittelreduzierung nicht zulassen. Gesetzesmäßige Aufgabenerfüllung gefährdet.	
68			zurückgezogen				
69			zurückgezogen				
69a			zurückgezogen				
70			zurückgezogen				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
71	FWV	34	Kürzung beim Standesamt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 20.000		Beeinflussbare Sachkosten betragen lediglich 6% der gesamten Ausgaben. Pflichtaufgabe nach Weisung, vom Bund übertragen. Bei Kürzung gesetzesmäßige Aufgabenerfüllung nicht mehr gewährleistet.	
72			zurückgezogen				
73			zurückgezogen				
74			zurückgezogen				
75			zurückgezogen				
76			zurückgezogen				
77			zurückgezogen				
78			zurückgezogen				
78a			zurückgezogen				
79			zurückgezogen				
80			zurückgezogen				
80a			zurückgezogen				
81			zurückgezogen				
82	FDP	41	Erhöhung Zuschuss Karlstorbahnhof	+ 43.557	Liquiditätssicherung in Zeiten der Leuchtturm-rhetorik; Umsetzung der Empfehlungen des Wirtschaftsprüfers		
83			zurückgezogen				
83a	FWV	41	Erhöhung Zuschuss Karlstorbahnhof	+ 19.030	Existenzbedrohung durch die 5%ige Kürzung in 2003		
84			zurückgezogen				
84a			zurückgezogen				
84b			zurückgezogen				
84c			zurückgezogen				
85			zurückgezogen				
86			zurückgezogen				
86a			zurückgezogen				
87			zurückgezogen				
88			zurückgezogen				
89			zurückgezogen				
90			zurückgezogen				
91			zurückgezogen				
91a			zurückgezogen				
92			zurückgezogen				
93			zurückgezogen				
94			zurückgezogen				
94a			zurückgezogen				
95			zurückgezogen				
96			zurückgezogen				
97			zurückgezogen				
98			zurückgezogen				
99	HD	52	Streichung Hallenbetriebskosten	- 293.040		Führt auch zu Mindereinnahmen von 339.240 €. Ebenso geht der Steuerungseffekt bei der Belegung verloren.	
100	HD	52	Planungsmittel für Sportzentrum Mitte	+ 20.000			
101			zurückgezogen				
102			zurückgezogen				
102a			zurückgezogen				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
103			zurückgezogen				
104	FVV	61/66	Kreuzung Rohrbach Markt; Vorziehen der Platzneugestaltung	+ 100.000		Von den in 2004 veranschlagten Mitteln wurden rund 91 T€ nicht verbraucht. Diese könnten nach 2005 übertragen werden.	
105	FDP	61/66	Kreuzung Rohrbach Markt; Vorziehen der Platzneugestaltung	+ 70.000		Von den in 2004 veranschlagten Mitteln wurden rund 91 T€ nicht verbraucht. Diese könnten nach 2005 übertragen werden.	
106			zurückgezogen				
107			zurückgezogen				
108			zurückgezogen				
109	HD	66	Verkehrssignalanlagen Vorziehen Verkehrsrechner sowie Errichtung von Verkehrsanlagen (Grüne Welle)	+ 729.000		Umzug Verkehrsrechner von alter in neue Feuerwache bringt keine unmittelbare Verkehrsverbesserungen.	
110			zurückgezogen				
110a			zurückgezogen				
111			zurückgezogen				
112			zurückgezogen				
112a			zurückgezogen				
113	HD	66	Vorziehen 5. Neckarquerung	+ 300.000		Ergebnisse der UVU liegen noch nicht vor.	
114	HD	66	Streichen Tunnel Mittermaierstr. (in 2005 lediglich VE)	- 480.000			
115	FDP	66	Verschieben Tunnel Mittermaierstr. nach 2008 (in 2005 lediglich VE)	- 480.000	Erst muss Montpellier-Brücke für Straßenbahn Kirchheim fertig sein und Neuenheimer Feld für MIV besser erschlossen sein.		
116			zurückgezogen				
117			zurückgezogen				
118	HD	66	Aufstockung Mittel für Kirchheim Mitte	+ 250.000	Summe unzureichend	Die insgesamt bereitstehenden Mittel wurden vom GR als Maximalbetrag für gestalterische Maßnahmen beschlossen.	
119	HD	66	Vorziehen Unterführung Schlierbach	+ 500.000		Maßnahme ist mittelfristig vorgesehen; zunächst ist Planung konzeptiv zu optimieren.	
120			zurückgezogen				
121			zurückgezogen				
122			zurückgezogen				
123	HD	66	Planungsrate für Stadt am Fluss (neu)	+ 100.000		Derzeit gibt es kein Konzept für den öffent. Raum, der die Stadt am Fluss faktisch ausbilden soll.	
123a			zurückgezogen				
124	HD	66	Reduzierung Mittel für Erneuerung Rohrbacher Straße	- 750.000		Kanal hat bauliche Mängel, ist hydraulisch überlastet und liegt direkt unter den Schienen. Eine Kanalerneuerung ohne Straßenerneuerung ist nicht sinnvoll; wegen der Kontinuität sollte auch die Planung für 2. BA fortgesetzt werden.	
125	HD	66	Reduzierung Mittel für B 3 Brückenstr. bis Hans-Thoma-Platz	- 250.000		Im Zuge der HSB-Maßnahme ist zumindest Erneuerung Kanal erforderlich. Daneben ist Gesamtwiederherstellung bzw. teilw. Sanierung Oberfläche erforderlich.	
126	HD	67	Verschieben Kinderspielplatz Theaterstr.	- 117.000	erst nach Fertigstellung Tiefgarage Friedrich-Ebert-	Herstellung KSP ist Bestandteil Spielflächenkonzept.	

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
					Platz	Nach Abschluss Wettbewerbsverfahren B-Plan Theaterstr./Anna-Blum-Haus kann mit Realisierung Tiefgarage Ebert-Platz und damit Verlagerung Stellplätze auch Herstellung KSP einhergehen.	
126a			zurückgezogen				
127			zurückgezogen				
128			zurückgezogen				
129			zurückgezogen				
130	FDP	67 ORG	Reduzierung der Mittel für Beschaffungen von Fahrzeugen und Betriebsgeräten	- 15.000			
		70 7210		- 50.000			
		70 7720		- 10.000			
131			zurückgezogen				
132			zurückgezogen				
132a			zurückgezogen				
133			zurückgezogen				
133a			zurückgezogen				
133b	FWV	F-Plan	Konferenzzentrum				
2006							
134			zurückgezogen				
134a			zurückgezogen				
134b	FDP		Prüfung des Verhältnisses von Mitarbeitern zu vorhandenen Fahrzeugen				
			Einsparmöglichkeiten bei den Kosten der Haltung von Fahrzeugen (Grupp. 55)		Mitarbeiterzahl wurde in letzten Jahren deutlich reduziert. Sind durch Mehrfachbenutzung bzw. durch Einsatz privater PKW (gegen Kostenerstattung) Einsparungen bei den lfd. Kosten möglich.		
134c	FDP		Prüfung des Verhältnisses von Mitarbeitern zu vorhandenen Fahrzeugen				
			Einsparmöglichkeiten beim Erwerb von Fahrzeugen (Grupp. 9355)		Mitarbeiterzahl wurde in letzten Jahren deutlich reduziert. Kann durch Mehrfachbenutzung bzw. durch Einsatz privater PKW (gegen Kostenerstattung) der Erwerb von Fahrzeugen reduziert werden.		
135	HD		keine Erhöhung der Grundsteuer B	- 4.500.000			
136	FDP		keine Erhöhung der Grundsteuer B	- 4.500.000			
137	FWV		Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B nur um 45 Punkte	- 2.250.000	Einnahmen werden zweckgebunden für Zukunftsfonds eingestellt		
138			zurückgezogen				
139			zurückgezogen				
140			zurückgezogen				
141	HD		keine Erhöhung der Gewerbesteuer	- 1.200.000			
142	FWV		keine Erhöhung der Gewerbesteuer	- 1.200.000	Erhöhung kontraproduktiv für das örtliche Gewerbe		
143	FDP		keine Erhöhung der Gewerbesteuer	- 1.200.000			
144			zurückgezogen				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
145			zurückgezogen				
146	FWW		Reduzierung Deckungsreserve für Sozialhilfeausgaben	- 275.000			
147			zurückgezogen				
148			zurückgezogen				
149			zurückgezogen				
150	HD		Reduzierung Verlustausgleich HVV	- 4.260.000			
151 neu	FDP		Reduzierung Verlustausgleich HVV	- 3.000.000	Bevor Steuererhöhungen beschlossen werden, müssen auch die Gesellschaften ihren Beitrag zu Konsolidierung leisten. SWH verfügt über hohe Gewinnrücklage.		
152	FWW		Reduzierung Verlustausgleich HVV	- 2.600.000			
153			zurückgezogen				
154			zurückgezogen				
155	FWW	01	Kürzung bei OB-Referat im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 60.000		Kürzung bedeutet Konsequenzen bei der Durchführung der betreuten Projekte	
156			zurückgezogen				
156a			zurückgezogen				
157			zurückgezogen				
158			zurückgezogen				
159			zurückgezogen				
159a			zurückgezogen				
159b			zurückgezogen				
160			zurückgezogen				
160a			zurückgezogen				
161			zurückgezogen				
162			zurückgezogen				
163	FWW	11	Kürzung bei Personal- u. Organisationsamt				
			- Beschaffungsstelle	- 20.000			
			- Aus- und Fortbildung	- 300.000			
			im Rahmen der DRV			Anstieg bei Aus- und Fortbildung resultiert daraus, dass 12 zusätzliche MitarbeiterInnen befristet eingesetzt werden. Einsatz erfolgt bei der ARGE gegen vollen Kostenersatz.	
164			zurückgezogen				
165			zurückgezogen				
166			zurückgezogen				
167			zurückgezogen				
167a	FDP	13	Prüfung, ob ein einheitliches Internet-Portal für alle städtischen Bereiche erstellt werden kann.		mehr Transparenz und Corporate Identity beim Internet-Auftritt Heidelbergs		
168			zurückgezogen				
169			zurückgezogen				
169a			zurückgezogen				
170			zurückgezogen				
171			zurückgezogen				
172			zurückgezogen				
173			zurückgezogen				
174			zurückgezogen				
175			zurückgezogen				
175a	FWW	16	Streichung Mittel für Frauengesundheitszentrum	- 29.450			
176			zurückgezogen				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
177			zurückgezogen				
177a	FWV	16	Erhöhung Mittel für Frauennotruf	+ 4.200	vermehrte Inanspruchnahme		
178			zurückgezogen				
178a	FDP	20	Prüfung, ob eine "Regionalisierung" des Tiergartens im Rhein-Neckar-Dreieck vorgenommen werden kann; Verteilung der Finanzierung im Rhein-Neckar-Dreieck (Zoo in Hannover ist auch regionalisiert)		Reduzierung Zuschuss		
178b			zurückgezogen				
179			zurückgezogen				
179a			zurückgezogen				
180	FWV	21	Kürzung bei Kassen- und Steueramt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 30.000			
181			zurückgezogen				
182			zurückgezogen				
183			zurückgezogen				
184			zurückgezogen				
185	FWV	23	Kürzung beim Amt für Liegenschaften im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 20.000		Quantitative und qualitative Leistungen durch die bereits erfolgten Kürzungen jetzt schon stark eingeschränkt. Mögliche Mehrausgaben aus Erhöhung Grundsteuer müssen ohne zusätzliche Mittel aufgefangen werden.	
185a			zurückgezogen				
186			zurückgezogen				
187	FWV	30	Kürzung beim Rechtsamt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 30.000		Ansätze bereits knapp bemessen. Weitere Kürzungen können zu Mindereinnahmen in den Bereichen Ordnungswesen und Verkehrswesen führen.	
188	FDP	31	- Reduzierung bei Verwaltungs- und Betriebsausgaben	- 20.000		- u. a. Sanierungsvorplanung und Ausschreibung Grundwasserschadensfall ehem. Reinigung Schaedla geplant.	
			- Reduzierung bei Klimaschutz und Energiemanagement	- 20.000		- Mittel für Durchführung Klimaschutzmaßnahmen entsprechend Fortschreibung des HD Klimaschutzkonzepts erforderlich; bei Kürzung droht Streichung einzelner Aufgabenfelder.	
188a			zurückgezogen				
189			zurückgezogen				
190	FWV	32	Kürzung beim Amt für öffentliche Ordnung im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 35.000		Es werden überwiegend Pflichtaufgaben erfüllt, die eine Mittelreduzierung nicht zulassen. Gesetzesmäßige Aufgabenerfüllung gefährdet.	
190a			zurückgezogen				
191			zurückgezogen				
192	FWV	34	Kürzung beim Standesamt im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung	- 20.000		Beeinflussbare Sachkosten betragen lediglich 6% der gesamten Ausgaben. Pflichtaufgabe nach Weisung, vom Bund übertragen. Bei Kürzung gesetzesmäßige Aufgabenerfüllung nicht mehr gewährleistet.	
193			zurückgezogen				
193a			zurückgezogen				
194			zurückgezogen				

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
195			zurückgezogen				
196			zurückgezogen				
197			zurückgezogen				
197a			zurückgezogen				
198			zurückgezogen				
199	FDP	41	Erhöhung Zuschuss Karlstorbahnhof	+ 19.030	Liquiditätssicherung in Zeiten der Leuchtturmhetorik; Umsetzung der Empfehlungen des Wirtschaftsprüfers		
199a	FWV	41	Erhöhung Zuschuss Karlstorbahnhof	+ 19.030	Existenzbedrohung durch die 5%ige Kürzung in 2003		
200			zurückgezogen				
200a			zurückgezogen				
201			zurückgezogen				
202			zurückgezogen				
202a			zurückgezogen				
202b			zurückgezogen				
202c			zurückgezogen				
203			zurückgezogen				
204			zurückgezogen				
205			zurückgezogen				
206			zurückgezogen				
208			zurückgezogen				
208a			zurückgezogen				
209			zurückgezogen				
209a			zurückgezogen				
210			zurückgezogen				
211			zurückgezogen				
212			zurückgezogen				
213	HD	52	Streichung Hallenbetriebskosten	- 390.720		Führt auch zu Mindereinnahmen von 452.320 €. Ebenso geht der Steuerungseffekt bei der Belegung verloren.	
214	HD	52	Ausführungsmittel für Sportzentrum Mitte	+ 500.000			
214a			zurückgezogen				
215	HD	66	Verkehrssignalanlagen Beseitigung Unfallschwerpunkte	+ 200.000			
			Minderausgaben durch Vorziehen Verkehrsrechner nach 2005	- 729.000			
215a			zurückgezogen				
216			zurückgezogen				
217			zurückgezogen				
217a			zurückgezogen				
218	HD	66	Vorziehen 5. Neckarquerung	+ 1.000.000		Ergebnisse der UVU liegen noch nicht vor.	
219	HD	66	Streichen Tunnel Mittermaierstr.	- 480.000			
220	FDP	66	Verschieben Tunnel Mittermaierstr. nach 2008	- 480.000	Erst muss Montpellier-Brücke für Straßenbahn Kirchheim fertig sein und Neuenheimer Feld für MIV besser erschlossen sein.		
221			zurückgezogen				
222	HD	66	Aufstockung Mittel für Kirchheim Mitte	+ 500.000	Summe unzureichend	Die insgesamt bereitstehenden Mittel wurden vom	

Nr.	Partei	Amt	Beschreibung	Veränderung Budget / Hst. in €	Begründung	Anmerkungen der Verwaltung	Abst.
						GR als Maximalbetrag für gestalterische Maßnahmen beschlossen.	
223	HD	66	Vorziehen Unterführung Schlierbach	+ 1.000.000		Maßnahme ist mittelfristig vorgesehen; zunächst ist Planung konzeptiv zu optimieren.	
224			zurückgezogen				
225	HD	66	Stadt am Fluss (neu) Planung und Genehmigung	+ 500.000		Derzeit gibt es kein Konzept für den öff. Raum, der die Stadt am Fluss faktisch ausbilden soll.	
225a			zurückgezogen				
226			zurückgezogen				
226a			zurückgezogen				
226b			zurückgezogen				
227	HD	66	Reduzierung Mittel für Erneuerung Rohrbacher Straße	- 1.250.000		Kanal hat bauliche Mängel, ist hydraulisch überlastet und liegt direkt unter den Schienen. Eine Kanalerneuerung ohne Straßenerneuerung ist nicht sinnvoll; wegen der Kontinuität sollte auch die Planung für 2. BA fortgesetzt werden.	
228	HD	66	Reduzierung Mittel für B 3 Brückenstr. bis Hans-Thoma-Platz	- 900.000		Im Zuge der HSB-Maßnahme ist zumindest Erneuerung Kanal erforderlich. Daneben ist Gesamtwiederherstellung bzw. teilw. Sanierung Oberfläche erforderlich.	
228a			zurückgezogen				
229			zurückgezogen				
229a			zurückgezogen				
230			zurückgezogen				
231	FDP	67 ORG 70 ORR 70 7720	Reduzierung der Mittel für Beschaffungen von Fahrzeugen und Betriebsgeräten	- 10.000			
				- 40.000			
				- 30.000			
232			zurückgezogen				
233			zurückgezogen				
234			zurückgezogen				